

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 160. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1905.

Montag Ausgabe

Montag, 7. April 1905.

„Exzellenz“ Dr. Lieber.

Ein parlamentarischer Freund des verstorbenen Dr. Lieber befindet sich in der „Kön. Volksztg.“ die Meldung eines Berliner Blattes, daß nach Durchführung der ersten Klotzenvorlage von 1898 dem Abg. Dr. Lieber die Wahl gestellt worden sei zwischen einem Oberpräsidenten, einem Staatssekretärsposten und einem Ministerposten, und daß ihm auch ein hoher Orden angeboten worden sei. Es handelt sich hauptsächlich um das Oberpräsidentenamt der Provinz Sachsen. Der damalige Oberpräsident Magdeburg war in Aussicht genommen als Präsident der Obergerichtsammer. Die so eröffnete Befragung sollte beendet werden, um das Oberpräsidentenamt in Aussicht für Dr. Lieber frei zu machen. Dr. Lieber zog aber vor, Privatmann zu bleiben.

Die betriebs ihrer Nichtigkeit nicht zu bezweifelnde Meldung der „Kön. Volksztg.“ ist geeignet, allenfalls das größte Aufsehen zu erregen. Denn wir haben hier jedenfalls ein Novum, das zu denken gibt und von den bisherigen beherrschten Traditionen der preussischen und Reichspolitik in unermittelbarer Weise abweicht. Zutreffend hebt die „Volksztg.“ folgendes hervor: „Die Sache erweckt großes Aufsehen, da sie ein Beispiel der hohen Würde, die unter Umständen an Leute vergeben werden, die, mögen sie persönlich noch so begabt sein, für die Politik nicht genügend vorbereitet erscheinen. Das andere Bedenken betrifft die parlamentarische Moral, die bisher nicht gehoben wurde, wenn die höchsten Staatsstellen durch einzelne Bedienten um die Regierung erlangt werden könnten. Das allerhöchste Bedenken aber ist, daß die Regierung einen Mann an den höchsten Posten, der Dr. Lieber immer gewesen ist, ohne die geringsten Spuren in ihrer Weise aufnehmen wollte. Kennt die Regierung denn das ultramontane Programm nicht mehr oder war sie der Ansicht, Dr. Lieber werde von heute auf morgen seine ultramontane Gesinnung wie ein flüchtiges Nebelgebilde ablegen? Der Minister in diesem Falle war ebenfalls Dr. Lieber, der das unzulässige Anerkennen hat.“

Die Blätter, soweit sie sich schon äußern, sind ganz perplex über die neue Offenbarung, welche die „Kön. Volksztg.“ mit so viel Selbstgefühl der Welt gemacht hat. Uns rundern an der ganzen Sache hauptsächlich die Geringschätzung der öffentlichen Meinung, die sich in jenem Angebot ausdrückt.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Diese Meldungen, deren Nichtigkeit oder Unrichtigkeit nur wohl durch einmütige Feststellung nachprüfbar ist, erregen großes Aufsehen, weil das Centrum, welches dem Ultramontanen einen Minister- oder Oberpräsidentenposten antrug, ihm so viel Charakterlosigkeit und Unlauterkeit haben, daß die ganze oppositionelle Kirche, Polen- und Sozialpolitik des Centrum und seine eigene langjährige politische Vergangenheit soweit berührt werden, um sich der Regierungspolitik entgegen zu stellen. Die Regierung selbst, welche an das Centrum, ohne welche das Centrum nicht existieren würde, um sich der Regierungspolitik entgegen zu stellen, die Regierung selbst, welche an das Centrum, ohne welche das Centrum nicht existieren würde, um sich der Regierungspolitik entgegen zu stellen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ giebt ihrer Verwunderung unverhüllten Ausdruck: „Wir hatten von der Mitteilung keine Notiz genommen, weil wir sie für ungläubig hielten. Nunmehr wird man nicht daran zweifeln dürfen, daß die Sache sich so verhalten habe, wie der parlamentarische Freund Dr. Liebers dem rheinischen Centrumslatte mitteilt. Immerhin dürfte man gut daran thun, sich vorläufig einer Kritik der Angelegenheit zu enthalten. Daß Dr. Lieber ein ungenügend fähiger Mann war, der ein höheres Amt hätte ausüben können, ist zweifellos. Es ist aber zweifelhaft, ob die höchsten Staatsämter gemeinsamer als Beförderung für parlamentarische Leistungen zur Wahl auszubieten, darüber werden die Meinungen weit auseinandergehen.“

Auch die freimüthige Presse hat sich des Themas bereits bemächtigt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Daß das Centrum von den leitenden Regierungsmännern als reaktionäres angesehen wird, ist ja nichts Neues. Nach den Wünschen des Centrum wird bei uns ja schon lange regiert. Das man aber Herrn Dr. Lieber ein Ministerposten anbot und das mit offen die Wohlthätigkeit eines ultramontanen Einflusses auf die deutsche Politik anerkennen wollte, ist doch ein starkes Stück. Das deutsche Vaterland, das der Entwicklung der Dinge in Deutschland im letzten Jahrzehnt mit unbedingter Theilnahme gefolgt ist, wird nach dieser Feststellung der „Kön. Volksztg.“ hoffentlich nicht klar sehen, wozu bei uns die Presse geht, und es wird hoffentlich die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen und mit der schwächlichen Laubzeit in der Vertretung seiner politischen Überzeugungen und Interessen seinen Thron rücken lassen. Das übrigens Herr Lieber das Centrum nicht angenommen hat, ist ein neuer Beweis seiner Klugheit als Politiker. Er hätte durch die Annahme des Anerbietens das Centrum politisch an die Regierungslinie gefesselt und das liegt ihm nicht im Interesse des Centrum, dessen Politik sich vielmehr darauf ab, die Regierung hinter dem Centrum hinaus zu führen.“

Andere freimüthige Blätter wollen auf die Sache eingehender zurückkommen. Sehr ergüßlich sind diese Erörterungen für die Regierung sicherlich nicht.

Deutsches Reich.

„Annehmbar.“ Wie der „Sächs. Merkur“ meldet, fand am Sonnabend in Stuttgart eine längere Versprechung des Grafen Pofadowski mit dem Ministerpräsidenten Dr. Brechtling statt, welcher auch der Minister des Innern Dr. v. Hüpsel und der Finanzminister v. Jeyer bewohnten. — Mit Bezug auf die Anwesenheit des Staatssekretärs in München bringen

die „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgende weitere offizielle Auslassung: „Das hierige Ergebnis der Konvention des Grafen Pofadowski mit dem leitenden Ministern Sachsens und Bayerns ist hinsichtlich einer Erhöhung der Getreidezölle des Entwurfs in dem einen, schon früher mit aller Entschiedenheit ausgeprochenen Regierungswort „Annehmbar“ am besten ausgedrückt. Die in München getroffenen Besprechungen haben ergeben, daß diese Zielsetzung mit der Absicht der Regierung, ein im Interesse der Landwirtschaft mit der Aufhebung der bayerischen Regierung, und daß jede Hoffnung auf ein Abgeben der verbündeten Regierungen völlig aussichtslos ist. Gegenüber ist darüber völlig und grundrichtig überreife Zustimmung erzielt worden, daß die Einführung weiterer Zölle für die Landwirtschaft in Bayern annehmbar ist. Man hat neben dem Getreidezoll in München auch besonders den Viehzölle keine Minderleistung zugewandt und die hierauf bezüglichen Wünsche der Landwirtschaft einer Erörterung unterzogen. Dabei hat sich ergeben, daß eine Bindung der Zölle für Vieh, wie sie von einzelnen Vertretern landwirtschaftlicher Interessen besonders in Bayern angestrebt wird, in keinem Falle auf die Zustimmung des Bundesrats rechnen darf. Auch die Verhütung des Viehes nach Lebensgefahr ist in den hierüber geführten Verhandlungen eine so abfällige Beurteilung erfahren, daß diese von der Landwirtschaft als unzulässig bezeichnete Forderung auf den verschiedenen Bänder der Regierung keinen mehr. Das Organ des Bundes der Landwirtschaft schreibt hierzu, mit einem scharfen Angriff auf das Centrum, das folgende: „Wenn diese Darlegungen über den Standpunkt der verbündeten Regierungen in der Frage der landwirtschaftlichen Zölle offiziös waren, so scheinen die Regierungen entschlossen zu sein, jede Erhöhung der Getreidezölle unbedingt und für immer zurückzuweisen. Ferner unter keinen Umständen weitere Minderleistungen in den Zölle einzuführen zu lassen, insbesondere Mindestzölle für Vieh runderum abzuheben und endlich auch der Verhütung des Viehes nach Lebensgefahr entschieden zu widerstreben. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dies der Standpunkt der Regierung ist, und wundern uns nicht im Mindesten darüber, daß die verbündeten Regierungen kein Bedenken tragen, einen solchen abzuheben. Das Centrum ist nicht im Stande, sich für die Verhütung des Viehes nach Lebensgefahr zu entscheiden, und endlich auch der Verhütung des Viehes nach Lebensgefahr zu widerstreben. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dies der Standpunkt der Regierung ist, und wundern uns nicht im Mindesten darüber, daß die verbündeten Regierungen kein Bedenken tragen, einen solchen abzuheben.“

Wenn man aber gerecht sein will, so darf man sich doch darüber nicht wundern, daß die Regierung dem Reichstag diese „ganz unwichtige Angelegenheit“ gemeldet. Sie kann ja mit einiger Bestimmtheit davon rechnen, daß der Reichstag, sein Begehren nicht, wenn sie die Beschäftigungsumstände, die in der Presse laut geworden sind, ernst nimmt. Man vergegenwärtigt sich doch einmal die Entwicklung der ganzen Angelegenheit! Zwei verlangte man allgemein als notwendig und gerecht Mindestzölle für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für Vieh, während die Regierung, die in der Landwirtschaft die verbündeten Regierungen, erzwang, um diesem Verlangen zu entsprechen, erzwangte man die Getreidezölle auf 6 Mark, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ausstehende Mindestzölle für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Zoll aufgenommen würden. Das geschah nicht; im unannehmbaren Bescheid. Zudem beg man sich auf den Weg. Kompromißantrag zurück, obwohl die Bedingung des früheren Juridischen nicht erfüllt, sondern im Gegentheil abgelehnt worden war. Und jetzt lautet die Parole in derselben Presse, welche noch vor wenigen Wochen den Kompromißantrag als das Mindeste bezeichnete, das der Landwirtschaft gewährt werden müsse. Es ist eine Verletzung der Ehre der Landwirtschaft, die sie nicht erdulden will. Wenn die verbündeten Regierungen das sehen, das ernst nehmen, wenn sie hören, wie man diejenige, welche an den ursprünglichen für gerecht und notwendig erklärten Forderungen festhalten, als Strafreiter und intendanten Regierungen bezeichnen, so müssen sie doch selbstverständlich die Forderung hegen, daß wenn sie nicht fest bleiben, die Rechte des Reichstages sich hinsichtlich dieser Angelegenheit werden. Der Reichstag des Münchener Blattes ist die vollkommen entsprechende Antwort auf die Beschäftigungsumstände; und diejenigen, welche diese Aktion, unbekümmert um die frühere Haltung der Kommissionenmitglieder, unbekümmert um den Antrag der Kommissaren und des Centrum in Angelegenheiten, in Scene setzen, werden allgemein anerkennen, welchen Dienst sie der deutschen Landwirtschaft geleistet haben. Wenn jetzt, nachdem die Beschäftigungsumstände die unaussprechliche Wirkung gehabt hat, der Regierung zugestimmt, sie möge doch, falls sie an ihrer Forderung unbedingt festhalten wolle, die Wabe lieber gleich schließen, so wird das unerschrockene Stand nach einem Einverständnis stehen.“

Die Zusammenstellung der bisherigen Geschäfte der Zolltarifkommission zum Zolltarif selbst ist fertiggestellt und wird aus dem Bureau demnächst der Kommission zugehen. Der Wunsch, daß an die erste Fassung der landwirtschaftlichen Zölle sich die zweite Fassung unmittelbar anschließen möge, so daß eine Unterbrechung der ersten Fassung eintrete, wird, wie in Reichstagskreisen verlautet, keinen Anklang in der Kommission finden, vielmehr wird von der Kommissionsmehrheit darauf bestanden werden, daß die erste Fassung ganz zu Ende geführt werden muß.

Deutschland und das Testament des Herrn Rhodes. Zum Testament von Cecil Rhodes erzählt das „V. T.“ aus London noch folgendes: „Der Reichstag hat die Erziehungszwecke auf der englischen Universität Oxford aus. Es nehmen an diesem Regat die britischen Kolonien mit täglich Stipendien für drei Jahre zu je 6000 Mark, wobei namentlich Südafrika begünstigt ist. 102 Stipendien sollen an die Vereinigten Staaten Nordamerikas, für

jeben Staat zwei, ebenfalls zu je 6000 Mark, und 15 Stipendien werden für Deutschland bestimmt zu je 5000 Mark. Die deutsche Stiftung ist durch ein in Südafrika am 18. August 1897 gesetztes. Der Inhalt dieses Kodizills wird aus Kapstadt telegraphisch. Es sind keine Abweichungen im Wortlaut vorliegen. Für England und Amerika verlangt der Erbschaft, daß die Stipendiaten literarische und gründliche Fortbildung zeigen, daß sie die Höhe für Spiele in freier Luft, wie Cricket und Fußball usw., haben und auch Erfolge darin aufweisen; auch soll der Stipendiat tapfer, mutig und wahrhaft höflich sein und Sympathie für den Genuß der Schwäche, Fremdsprachen, Selbstkritik und Kameradschaft zeigen, während der Genuß und er moralische Charakteristika gezeigt und seine Schulaufgaben geleitet und Interesse an ihnen gezeigt haben, da ihm solche Eigenschaften dahin führen werden, die Übernahme öffentlicher Pflichten als sein höchstes Ziel anzusehen.“

In unterrichtigen Berliner Kreisen wird nach der „Post“ nicht daran gewagt, daß der Kaiser die ihm von Cecil Rhodes übertragene Verfügung annehmen wird. In der „V. T.“ schreibt sogar folgendes: „Der Berliner amtlichen Kreise hat es an sich, sich der über, daß Cecil Rhodes im seinem Testament einen Namen, der nicht in Betracht hat, aber überaus wichtig war, eigentlich nicht, da man weiß, wie außerordentlich Rhodes dem Kaiser Wilhelm verehrte und wie warm er dem Kaiser in schwierigen Zeiten gegen die deutschfeindlichen britischen Kreise vertrat. Das Testament scheint übrigens keine weiteren Bestimmungen bezüglich Deutschlands zu enthalten.“

Der „Magdeburger“ wird berichtet, daß das Regat, welches Cecil Rhodes in seinem Testament zu Gunsten deutscher Studirenden an der Universität Oxford ausgesetzt hat, an seine Bedingung geknüpft sei und daß die Verleihung der Stipendien der freien Verfügung des Kaisers überlassen ist.

Wir meinen indes, daß es viel e deutsche Studirenden giebt, die von einem Cecil Rhodes niemals auch nur die geringste Wohlthätigkeit acceptiren werden!

„Auflassung zum Rechtsstudium.“ Im Verfolg der Bekanntmachung vom 1. Februar d. J. betreffend die Auflassung zum Rechtsstudium hat der Kultusminister im Einverständnis mit dem Herrn Justizminister als die Kuratoren der Universitäten bezw. an Rektor und Senat der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin folgende Verfügung erlassen:

Die bei denjenigen Praxen, welche sich der Rechtswissenschaft an einer preussischen Universität widmen wollen, genügt als Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung für das akademische Studium außer dem Zeugnis der Reife eines deutschen humanistischen Gymnasiums auch das Zeugnis eines deutschen Realschulstudiums oder einer preussischen Oberrealschule.

Studierende, welche demgemäß auf Grund des Zeugnisses der Reife einer realistischen Oberschule aufgenommen werden, sind bei der Einschreibung in der juristischen Fakultät ausdrücklich darauf hinzuweisen:

a) daß es ihnen bei eigener Verantwortung überlassen bleibt, sich für ein geistliches oder weltliches der Reife des römischen Rechts erwerbenden juristischen Studiums zu entscheiden und fachliche Vorkenntnisse anzuerkennen;

b) daß in Aussicht genommen ist, bei der Einschreibung des juristischen Studiums Vorlesungen zu treffen, wonach sie sich über die zu a) gedachten Vorkenntnisse auszusprechen haben.

Die gleiche Verfügung ist auch denjenigen Studirenden der Rechte zu machen, welche zwar das Zeugnis der Reife eines Gymnasiums besitzen, in demselben aber für das Lateinische nicht wenigstens das Prädikat „genügend“ aufzuweisen haben.

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Beginn des nächsten Sommer-Semesters in Kraft.

Die „National-Ztg.“ schreibt dazu: Ergänzungskurse für Rechtsstudirenden im Reichstagen und Gelehrten werden von der Berliner Universität — und demnächst auch an anderen Universitäten — bereits im bevorstehenden Sommersemester eingerichtet werden. Diese Kurse sind in der Weise geplant, daß für Sprachliche Einführung in das Verständnis der römischen Rechtsquellen ein Kursus stattfinden wird, der sich über zwei Semester erstreckt, während der Anfangsstudium im Gelehrten sich auf ein Semester beschränken wird. Beide Kurse sollen verpflichtend sein und nicht mehr als 25 Hörer zu ihnen zugelassen werden, damit der Unterricht immer individuell gefaltet werden kann. Der Ergänzungskursus im Gelehrten ist aber nicht nur für Rechtsstudirenden bestimmt, die Kurs zu studieren, sondern soll zugleich auch denjenigen auf Oberrealschulen und Realschulen vorgeschriebenen Studirenden, welche sich der Medizin oder dem Recht widmen wollen, zur Ergänzung ihres Wissens dienen. In dieser Weise den fehlgeleiteten Studierenden über ihre wissenschaftlichen Vorkenntnisse nachzukommen, wird den Rechtsstudirenden ein einiges Recht nicht werden, und es ist mit Umsicht zu empfehlen, daß von jeder Ergänzungskursus dabei Abstand genommen werden.

Der Kultusminister hat unter dem 26. März an die Provinzial-Schulinspektoren eine Verfügung über die Pflege einer guten Handschrift und lehrreichen Handschrift bei den Schülern erlassen. In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß die Einwirkung der Leiter und Lehrer der höheren Schulen in bezug auf die Pflege einer guten Handschrift ein wichtiger Erfolg als bisher zu sichern, hat der Minister verfügt: „Jedem ist allgemein sowohl in die gewöhnlichen im Laufe des Schuljahres

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X19024072-13/fragment/page=0001

auszufüllenden Beugnisse bis in die Ober-Prima hin, als auch in die Reifezeugnisse und in die Beugnisse über die bestandene Schlussprüfung ein Urtheil über die Handschrift des Schülers aufzunehmen, dabei aber auch ausdrücklich zu den, falls er etwa die Neigung zeigt, seinen Namen ungenügend zu schreiben. Wie die Bedeutung der Beugnisse für dieses Urtheil keine besondere Stelle bieten, ist es unter 'Reife' einzutragen.

Wir können nur wünschen, daß die anerkanntwerthen Bestrebungen der Unterrichtsverwaltung, die Schüler der höheren Lehranstalten zur größten Sorgfalt bezüglich ihrer Handschrift anzubahnen, den erhofften Erfolg haben mögen.

Die Tagesordnung der Deutschen Lehrerversammlung in Chemnitz vom 1. August 1902 ist jetzt endgültig festgestellt. In den beiden Hauptbesprechungen am 20. und 21. August kommen folgende Gegenstände zur Verhandlung: 1. Die Bedeutung der Volksschule für die Volkshilfsarbeit. 2. Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung. 3. Universität und Volksschule. 4. Wie stellen wir uns zur Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Schulen der Mädchen? Eine große Anzahl anderer Verhandlungsgegenstände kommt in den Nebenversammlungen zur Erörterung.

Prinz Heinrich soll, wie in Marneville verfaßt, nach Beendigung der diesjährigen großen Flottenmanöver noch auf ein weiteres Jahr die Führung des im Dienst gehaltenen 1. Geschwaders übernehmen. Bisher war es üblich, daß alle Jahre ein Stellenwechsel des Chefs der heimischen Schlachtflotte erfolgte. Prinz Heinrich soll indes der erste Admiral sein, dem das 1. Geschwader drei volle Jahresjahre unterstellt bleibt. Dagegen ist nach dem Schluß ein Stellenwechsel des zweiten Admirals bei der heimischen Schlachtflotte zu erwarten, indem Kontradmiral v. Britzky und Gaffron von dieser Dienststellung entbunden werden wird.

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen und der Großherzog von Hessen sind Sonntag Vormittag zum Besuche des Hofes nach Darmstadt abgereist und werden Sonntag Abend wieder nach Darmstadt zurückkehren.

Das Kaiserpaar besichtigte am Freitag Nachmittag mit Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein, dem Kronprinzen und dem Prinzen Waldemar unter Führung des Direktors Schöne das alte Museum. Das Diner nahmen Herr v. Kessel, ein Genueser Monarche, die Kaiserin, der Kaiser, seine gewohnten Spaziergänger im Park und hörte im Schloß die Vorträge des Staatssekretärs des Reiches Marine-Amts und des Chefs des Marine-Kabinetts. Später nahm der Kaiser die Meldung des mit der Führung des XVII. Armeekorps beauftragten Generalleutnants v. Braunshelm und des Regimentssekretärs, Kammerjunkers Dr. jur. v. Schwerin entgegen.

Graf von Solobowich traf Sonntag Mittag in Marneville ein und weilte Nachmittag beim Staatsminister v. Bauer. Am Abend wird der Staatssekretär im Schloß vom Großherzog empfangen werden.

Verleumdung des Oberst von Le Moiré. Der Kaiser verließ dem Kriegsministeren Grafen v. S. v. Udo o. den Orden pour le mérite für seine Beihilfung an der Belagerung von Tientsin und am Buge des Admirals Seymour nach Peking.

Zur fünfzigjährigen Jubelfeier des Germanischen Museums in München wird, wie nunmehr festgestellt, der Kaiser von Österreich nicht kommen. Der König von Sachsen hat seine Anwesenheit von seinem Gesundheitszustand abhängig gemacht.

Neues Gerücht über eine Amerikafahrt des Kronprinzen. Der für den Herbst vorgesehene Eröffnung der Handelskammer in New-York soll ein besonders feierlicher und die internationalen Beziehungen Amerikas hart besonderer Charakter verliehen werden. Wieder ist davon, allerdings in ganz unrichtiger Form, die Rede, daß auch der deutsche Kronprinz eine Amerikafahrt antreten wird. Ein Telegramm aus New-York, 5. April, meldet Folgendes:

In Verbindung mit der Nachricht von einem Besuche des Prinzen von Wales taucht abermals das Gerücht auf, daß der deutsche Kronprinz Amerika besuchen werde, um ebenfalls der Eröffnung der Handelskammer in Othober beizuwohnen. Der Prinz von Wales ist allerdings geladen. Die Angelegenheit wurde von einer offiziellen Seite angegriffen. Durch die neuen Chamberlains und Vorkontrollen, welche Amerikanerinnen sind, haben die amerikanischen Finanzkreise beunruhigt, die Einladung ergehen zu lassen. König Edward sagte anlässlich für den Prinzen von Wales zu, und woran, der nächste Woche in London eintreffen wird, ist mit dem Prinzen nicht vereinbart. Er hat auch die Absicht, eine Einladung zur Eröffnung der neuen Börse zu überbringen, die vom bis Oktober beschlossen werden möchte. Die Handelskammer steht bis mit Frankreich ein Verbot der Betretung bei der Eröffnungsfestlichkeiten in Verbindung. Dem Gerüchte ist zweifellos recht wenig Glauben beizumessen.

Verfassungsjudizium in Coburg-Gotha. Am 3. Mai werden Coburg und Gotha das Jubiläum ihrer gemeinschaftlichen Staatsverfassung, die Herzog Ernst I. am 3. Mai 1802 vollzogen hat, feiern.

Vom Reichsgericht. Der Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Geheimrevisor Feinert, der Ende der Vier Jahre der national-liberalen Fraktion des Reichstages angehört, ist am Sonnabend gestorben. — Ein fälschlich wurde gemeldet, daß Feinert seine Thätigkeit beim Reichsgericht aufgegeben habe.

Ueber die Benutzung der Bahnfahrkarten hat der Eisenbahnminister, nach der 'Schl. N.' bestimmt, daß deren Gültigkeit allgemein auf den Kalendertag beschränkt ist, an welchem die Karten benutzt und vom Bahnbesitzer anerkannt werden müssen. Am 11. und 12. Uhr Nachts zum Betreten des Bahnsteiges erzwungenen Bahnfahrkarten gelten zum Wiedererhalten des Bahnsteiges nach am folgenden Tage, werden aber durch zweimalige Ladung besonders getrennt gezeichnet. In nächster Zeit sollen neue Bahnfahrkarten ausgegeben werden.

Von den im Jahre 1901 nach vorläufiger Feststellung auf Grund des Zinsabgaben-Verordnungs-Gesetzes an Rentnempfangern u. s. w. gezahlten 95 Mill. M. sind 62.5 Mill. auf Rentenrenten, 1.2 Mill. auf Rentenrenten, 24.5 Mill. auf Rentenrenten und 6.7 Mill. auf Beitragsrenten entfallen.

Reinvermittlung der Land-Gendarmerie. Nachdem erst vor einigen Monaten das neue Abzeichen der Gendarmen durch das preussische gelbe ersetzt worden ist, ist es nunmehr, wie die 'Schl. N.' schreibt, auch an den bequemen Waffenrock einzufügen zu wollen. An der Wollauer Gendamerie ist die Idee gegenwärtig ein solcher probeweise getragen, der von der bisherigen Form wesentlich abweicht. Gintzen vordem mit Schieber, ähnlich dem, was bekanntlich bei der Astenen aus Metallstoffe. Zwei Brust- und zwei untere Taschen mit Klappen gegen dem neuen Uniformen ein festes Aussehen.

Die Kermelaufläufe fallen gänzlich weg und der umgelegte Kragen mit befeigter Binde hat im Gegensatz zu der bisher üblichen Auszeichnung die Chargenkreuze unten angebracht; die Gendarmkreuze befinden sich darüber, während der obere Rand fest ist. Der untere Kermel kann durch einen Knopf dicht am Randesrand gefestigt werden. Der ganze Rock besteht aus andernsartigen Stangen aus grau-schwarzem, modifiziertem Tuch und dürfte sich zweifellos als praktisch erweisen.

Vom 24. bis 26. Mai soll in Eisenach ein außerordentlicher Verbandstag des Allgemeinen Verbandes abgehalten werden. Der erste Tag ist der reichhaltigste Auszug und der Vorabend. Für den Verbandstag am 25. Mai ist folgende Tagesordnung festgesetzt: Eröffnung durch den Vorsitzenden Prof. Dr. Gasse. — Erörterung des Geschäftsberichts durch den Geschäftsführer Geiler. — Die Nordische Gefährdung in den Ostmarken, Vortragender Prof. Dr. Gasse. — Die bisherigen Ergebnisse deutscher Kolonialpolitik in Afrika und Südamerika, Vortragender Prof. Dr. Gasse.

Die nächste Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenbahntente soll im September d. J. in Düsseldorf stattfinden.

Ausweisungen polnischer Studenten. Polnische Ausweisungen von ausländischen Studenten, deren Zahl in Eisenach im letzten Jahr sich durch den Polizeibehörden vergrößert worden. Es handelt sich um nicht weniger als 35 Studierende, von denen 30 russischer und 5 österreichischer Staatsangehörigkeit sind. Dem Gebrauchs- und dem Namen nach sind es meist Studierende polnischer Herkunft, die als 'Aktionisten' bezeichnet werden. In der Regel sind sie aus Warschau, Krakau, Breslau, andere aus weniger bekannten Orten des ehemaligen polnischen Reiches. Die Mehrzahl der Ausgewiesenen studierte die technischen Wissenschaften, einzelne Philosophie usw. Unter den Ausgewiesenen befinden sich auch zwei Frauen: die Schwed. Dr. phil. Adele Scherwin, geboren im Februar 1874 zu Warschau, russische Staatsangehörige, und die Schreiberin Regina Opier, geboren am 6. August 1883 zu Warschau, ebenfalls russische Staatsangehörige. Die Ausgewiesenen sind der Ausweisung zuweilen geneigt; die Ausweisungserklärung konnte wegen vorheriger Vorrechte nicht mehr bekräftigt werden.

Verabredungsgesetz. Die im Wiener Geheimbund durch die verabschiedete Wiener Revision am Freitag vom Reichsgericht zurückgewiesen worden ist, haben nunmehr Verabredungsgesetze beim Kaiser eingetroffen.

Nachträgliches zur lex Heinze. Die 'Grenzboten' veröffentlichten Briefe des verstorbenen Kultusministers Dr. W. Hoffe an den Herausgeber dieser Zeitschrift. Darin finden sich folgende, auch jetzt noch interessante Bemerkungen über den Kampf um die lex Heinze: 'Es ist kaum glaublich, wie trotz veränderter Verhältnisse sich diesen angeblich kühnen Helden die Entschlossenheit zu verlieren haben angetrieben werden. Die meisten haben sich in der letzten Zeit nicht gehalten... Nicht wunderbar ist auch das plötzliche Wanktaumeln gegen die sonst durch das Parlament so veränderten Verhältnisse. Ich bin gar nicht trübe und auch gegen das Rechte wehrhaft, wenn es sich um die Unschicklichkeit nicht aber, wie die Minister hier gerade für die Unterfertigung des Schöpfung und langjährigen als angelegte Kampf einsetzen können.'

An anderer Stelle bezieht Dr. Hoffe den in Berlin unter der Flagge der lex Heinze gegründeten Goethebund mit Recht als eine der 'seltsamsten Wunderlichkeiten, die wir erlebt haben.'

Die Anarchistenkongresse soll am 1. und 2. Pfingstfesttag stattfinden. Die deutsche Föderation revolutionärer Arbeiter (Gesellschaftliche Partei) in Berlin hat einen dahingehenden Antrag an die 'Genossen' erlassen. Der Ort der Kongresse ist nicht angegeben, jedoch soll es von der Geschäftsstelle der Föderation beschickt mitgeteilt werden.

Deutschland und Venezuela. Dieser Tage hat der Telegraph gemeldet, daß die deutschen Kriegsschiffe die Küste Venezuelas verlassen hätten. Diese Entfernung bedeutet aber nicht einen befriedigenden Abschluß des Streites mit Venezuela, sondern ist aus Rücksichten auf die Klimate in Venezuela, die in der Regel im Sommer und auf die Gesundheit der Mannschaften auf einige Zeit erfolgt. In den Verhandlungen mit der Regierung Venezuelas ist dem Vernehmen nach eine Pause eingetreten. Andere Mächte haben das gleiche Verfahren eingeschlagen.

Der Krieg in Südafrika.

Die Nachricht über das Gelingen bei Driefuul vom 31. März hat die hoffnungsvolle Friedensstimmung der Bevölkerung in London plötzlich wieder einmal in tiefe Niedergeschlagenheit und Mißmutigung versenkt. Es wird in der englischen Hauptstadt nicht daran gewöhnt, daß Lord Kitchener, der General Buller und die englischen Truppen im Kampfe gegen die Buren und die Buren im Gegenzug das Präsidentenamt eine neue Niederlage erlitten hat, über welche zunächst im Kriegesamt jede nähere Auskunft verweigert wurde. Nach einer weiter unten mitgetheilten telegraphischen Meldung des Neuterigen Bureaus aus Pretoria sind nun auch die Verluste der Buren im Gefechte von Driefuul und dahinter nach einer amüsanten Anekdote der Engländer bekannt gegeben. Danach haben die Buren einen Verlust von 137, die Engländer einen solchen von 174 Getödteten und Verwundeten. Nach der am Sonnabend vom Kriegsminister veröffentlichten Verlustliste betragen die Verluste der Engländer bei Driefuul am 31. März 20 Tote und 56 Verwundete. Für die Engländer lauteten die Verluste im südwestlichen Transvaal Delany und Kemp der britischen Besatzung schwere Sorgen bereiten, so kommen sie im nördlichen Orange-Staat, wo ein neues Treiben gegen De Wet ergebnislos verlaufen sein soll, auch nicht zur Ruhe, werden ferner an der Grenze von Natal durch Bothas Streitmacht bedroht und können nicht hindern, daß der Aufstand in der Kapkolonie immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Die Friedensausichten werden darum immer trüber. Die englische Regierung will die Unabhängigkeit der Burenstaaten durchaus nicht zugehen und verlangt, wie es heißt, sogar vor dem Beginn der Verhandlungen mit Schall-Buren die bedingungslose Übergabe der Burenstaaten. Die Buren haben hierin vollständig übereinstimmen, daß sie sich auf keine Friedensverhandlungen einlassen wollen, die nicht die Unabhängigkeit der Burenstaaten zur Grundlage haben. Es wird also weiter gegen sie kämpft werden. Das Telegramm über die Verluste im letzten Gefechte lautet:

London, 5. April. Wie das Neuterige Bureaus aus Pretoria meldet, verloren die Buren in dem Gefechte unter Delany bei Driefuul am 31. März 137 Getödtete und Verwundete. Nach der am 1. April d. J. betragten die englischen Verluste in dem Gefechte mit Delany drei Offiziere getödtet, 16 Verwundete, 24 Mann gefaßt, 131 vermisst.

Ein eigener Zeitbericht aus dem Haag meldet: Präsident Krüger erhielt günstige Nachrichten vom Kriegeschauplatz sowie die Bestätigung, daß ohne

sein Wissen sowie ohne seine Genehmigung keine Einzel Unterhandlungen und noch viel weniger Abschlüsse mit Wasser getroffen werden würden. Steijn und Delarey mußten den Engländern und bringen auf eine entschiedene Fortsetzung der Operationen, da die Engländer die Unabhängigkeit nicht zugehen wollen, ein unentschiedenes Waffenstillstand aber gegenwärtig nur dem Feinde zu Gute kommen würde. Unterdessen setzte eine befreundete Macht ihre Bemühungen fort, König Edward zu überzeugen, daß die Unabhängigkeit festzuhalten zu bestimmen. Alle Meldungen, daß Kupper die Mächte zu einer Intervention zu veranlassen suchte und daß sämtliche Staaten mit Ausnahme Deutschlands ihre Zustimmung gegeben hätten, werden als entstellend unklar bezeichnet. Kupper ist bemüht, eine Grundtage zu finden, auf der Verhandlungen einen Erfolg versprechen, obne in dessen die Mächte zur Theilnahme aufzufordern.

Nach New-York, 4. April, wird der 'Frank. N.' gemeldet, daß der Präsident eine Unterredung darüber anordnete, ob hinsichtlich des Burenkrieges in einem Besondere, nach dem Kriegeschauplatz, eine Neutralitätsvereinbarung vorliege.

Der als Führer der National-Scouts schon wiederholt genannte Buren-Vereiner Wilson hat dem Präsidenten Steijn in die Entschlossenheit des Burenkrieges in einem Besondere, nach dem Kriegeschauplatz, eine Neutralitätsvereinbarung vorliege. Wilson hat die folgenden Thesen auf vorzutragen: 1. Zum Behufe der unzufriedenen Frauen und Kinder haben die Buren eine Person zu öffnen, und auch um der Tausende von Männern willen, die heute ohne Arbeit und Ziel die Zeit vergeuden. 2. Die militärische Taktik, für die Kapitulanten, die durch unsere Verhandlungen gewonnen wurden, sich um anzunehmen, eine Amnestie zu bewirken. — Auch habe ich folgendes zu Ihrer Kenntnis zu bringen: Die beiden Republikan sind in vollem Umfang von der britischen Streitmacht erobert worden. (3) Die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit ist völlig außerhalb des Bereiches der Dinge gelegen. (4) Es ist daher auch unzulässig, die Buren zu bestrafen, die für die Dauer unentschieden sind. Wenn Sie bestrafen, den unnötigen Widerstand von unserer Seite fortzusetzen und dadurch die Ausrottung anderer Völker herbeizuführen, so wird mir und anderen Buren nichts anderes übrig bleiben, als die Waffen zu ergreifen und gegen Sie zu kämpfen, am Ende die Hände der beiden Republikan zu beschleunigen. Wenn Sie folgen, für einen anderen Diener wie S. G. Wilson.

General Kitchener hat wieder einen neuen Gefechtsbericht eingeklagt, der schon oft abfällige Kritiken provoziert haben; es ist völlig unverständlich, daß der englische Kriegsbericht keinen Anstand nimmt, sich mit der Veröffentlichung derartigster kindlicher Schmeicheleien bloßzustellen. Eine englische Mitteilung, 'verloft' eine Buren-Kolonie 8 (englische) Meilen weit, wird dann aber hierüber angegriffen und erleidet schwere Verluste. Die Buren haben, nachdem sie die nachbringenden Gegner zurückgewiesen haben, selbstverständlich ihren Anmarsch fort. Das ist zu ungefahr der Verkauf von Afrika, über die Kitchener berichtet; und um welche die Engländer ursprünglich die Kämpfer waren und pricht von einem juristisch-gewissenshaftigen Angriff der Buren; sie erinnert sich nicht mehr daran, daß die Buren in ihrem Marsche durch die verfolgten Engländer aufgehalten werden respektive werden sollten und bezeichnet die Fortsetzung dieses Anmarsches als einen Rückschlag. Und nun gar die Erzählung von den vergeblichen Ueberredungskünsten Delareys und Kemp. Und dann wundern man sich in London, wenn im Auslande über beratige Berichtigungen gepölpelt wird.

Die 'Nein-Welt. N.' erhält über den wirklichen Stand der Kriegesoperationen in der Kapkolonie ein längeres Schreiben eines deutschen Burenoffiziers, der auf das Bestimmteste versichert, daß die Buren gewinnen müssen. Die Burenische Sache vorzüglich. Näheres werde Deutschland durch den Kommandanten Franceman erfahren, der bereits unterwegs sei. Die Gesamtzahl der Burenstreiter betrage mindestens 20 000 Köpfe, die Streitmacht De Wets 5000. Die Engländer hätten lediglich die Bahalime besetzt, während die streifen Buren das plate Land besetzten und zahlreiche Ostafrikaner in ihre Gewalt brachten. In der Kapkolonie erwiesen die Engländer erneut Eingeborene, was sich den Burenkommandos recht unangenehm fühlbar macht. Der Norden wie der Osten Transvaals sind von den englischen Truppen vollständig geräumt.

Von den in Europa weilenden Vertretern der Burenrepublik wird das Gelingen am Parifus bei dem bedeutenden Sieg Delareys angefochten. De Wet erklärte dem Burenführer eines Berliner Mattes gegenüber, besondere Bedeutung gewinne dieser Erfolg durch die Anwesenheit Steijns und der Friedensboten bei Delareys Kolonne. Auf die Frage, ob der Sieg die Buren für die Friedensbedingungen anspruchsvoller machen werde, beantwortete Leids: 'Alle Berichte der letzten Zeit lauten: „Ohne Unabhängigkeit kein Frieden.“ Vom strategischen Standpunkt sei der Erfolg um so größer, da Botha Natal bedrohe und jetzt in seinen Bewegungen freier werde, da die Engländer ihre Hauptmacht gegen Delarey konzentriert müßten. Leids befragte, daß die Buren im Westen der Kapkolonie harte Positionen einnehmen und über eine große Anzahl gut bewaffneter Anhänger verfügen. Um die große Wichtigkeit des Nachrichtenendienstes zu dokumentieren, legte Leids dem Berichtserklärer die vom englischen Kriegsamt herausgegebene große Gefechtskarte von November, Dezember und Januar vor, die 300 Gefechte aufwies.

Die 'Times' melden aus Natal vom 27. März, daß sich unter den Buren, die Oberst Grenfell Kolonne erbeutet habe, zwei von Delarey, Liebenberg und anderen unterzeichnete Willkommens-Adressen an Steijn und De Wet befänden. Sie sind unklar, es wird darin aber erwähnt, daß der Krieg zwei Jahre und fünf Monate gedauert habe, woraus hervorgeht, daß Steijn und De Wet in der vorherigen Woche bei ihrer Ankunft im westlichen Transvaal überredet worden sind. Steijn wird als Führer und Anführer angesehen, dessen Thaten und Worte die Buren zu allen Zeiten sehr ermutigen und stärken. Dann heißt es: 'Wir danken Gott für die große Mannlichkeit und feste Haltung. Wir beten auch dafür, daß es Ihnen beschieden sein möge, als Haupt und Führer des geeinigten Südafrika zu ergehen.'

Misland.

Dänemark.

Zum Verkauf der Antillen. Der Nationalkongress... Der Nationalkongress... Der Nationalkongress...

Attentat auf den Präsidenten?

Präsident Wolke, welcher das Oberfeld mit seiner Familie in Montclair verweilt hat, ist am Sonntag früh 9 Uhr wieder in New York eingetroffen. Als er dem Bahnhof... Der Name, welcher einen Gedanken... Das Pariser Blatt 'Mapp' berichtet aus London, ein schottischer Mechaniker...

Neues Magazingewehr?

Das Pariser Blatt 'Mapp' berichtet aus London, ein schottischer Mechaniker... Das Modell eines von ihm erfundenen neuen Magazingewehrs... Die Patronen werden automatisch in den Lauf gebracht...

Bulgarien.

Die Kabinetskrisis.

Der König nahm die Demission des Finanzministers Popowitsch an; Handelsminister Wilanowitsch übernimmt...

Türkei.

Zur Lage auf dem Balkan.

Eine Depesche aus Iessib berichtet über die Verhandlungen in Ipeh. Albanien hätten den Staat aus dem Schicksal... Die Forts hat bereits begonnen, in die gefährdeten... Die Meldung der 'Neuen Freien Presse' über angeblich von Serbien aus organisierte Banden...

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Südamerika.

Neue Kämpfe in Kolumbien.

Aus Panama wird berichtet, daß ein Telegramm des Präsidenten Marroquin aus Bogota eingetroffen ist, worin... General Hadero dem General Uribe, welcher nach Kolumbien einbringend versuchte, eine Niederlage beibracht hat.

China.

Die Unterzeichnung der Mandchurien-Konvention.

Die Unterzeichnung der Mandchurien-Konvention ist auf den 4. August d. J. festgesetzt.

Der 31. Kongreß deutscher Chirurgen.

Am 4. Sitzungstage (Sonntags) beschäftigten sich die ersten Vorträge mit der Chirurgie und berichten über die inneren Augen- und Nervenerkrankungen... Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Schwarz & Weiß.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Bei des Kaiserfestes durch Apposition mit jungen Eiern auf der Seite. Sodann zeigt er Unterforschungen, die bei Herausnahme eines Kindes des Unterleibes nachlässig eingeleitet werden sollen...

Der Herr Zavel (Berlin) berichtet über die Entfernung einer großen Nistkastenvogel von der hinteren Darmwand... Herr Zavel (Berlin) berichtet über die Entfernung einer großen Nistkastenvogel...

Herr de Quervain (Genève) glaubt, was auch Herr Krönlein (Büdingen) aus seinen Erfahrungen bestätigt, daß bei der Fehlführung nicht einzigen Entzündung die Entstehung... Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt...

Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt... Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt...

Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt... Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt...

Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt... Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt...

Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt... Herr Brunner (Münsterlingen) hat eingehende Untersuchungen angestellt...

Aus Nah und Fern.

Die unruhigste Stimmung der Schokoladen, das weniger von einigen neueren Forschern... Die unruhigste Stimmung der Schokoladen...

Bei einem Fußballspiel zwischen Engländern und Schotten in Glasgow durchbrochen die Zuschauer die Barriere... Bei einem Fußballspiel zwischen Engländern und Schotten...

Ein neuer polnischer Mordversuch in Moskau. Freitag Abend trat ein Mann in das Empfangszimmer des Vizekonsuln... Ein neuer polnischer Mordversuch in Moskau...

Einmal 7. April. (Nord.) Das 'Allm. Int.-Bl.' bringt in einem Extrablatt folgende Meldung... Einmal 7. April. (Nord.) Das 'Allm. Int.-Bl.'...

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Ein französischer General bemerkt. Freitag Abend um 2 Uhr... Ein französischer General bemerkt. Freitag Abend um 2 Uhr...

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Die Wirtin rief die die in die letzten Vorhänge neuerdings ein Circular betreffend die Lage in Marocco.

Schwarz & Weiß. Specialgeschäft feiner Herrenkleider nach Maass. Grosse Steinstrasse 15, gegenüber dem Halleschen Bankverein. Anerkannt leistungsfähigstes Geschäft empfiehlt sich ergebenst.

